

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird Sie nicht überraschen, auch wir haben uns ausführlich mit dem Haushalt der Stadt befasst.

Das unter Anwendung des NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetzes nur halb wahre Jahresergebnis für 2023 wird auf ein Defizit von ca. 900.000 Euro prognostiziert.

Das klingt, lassen wir die aktuellen Umstände außer Acht, zunächst nicht erfreulich. Aber was sind denn die Bedingungen und Belastungen für den Haushalt 2023? Wie wirken sie sich aus? Und gibt es Einsparungspotenziale?

Insbesondere die Personalausgaben, die Sach- und Dienstleistungsaufwendungen sowie die Transferaufwendungen steigen:

Bei den Personalausgaben sind für 2023 Tarifierhöhungen geplant. Hinzukommt, dass Stundenerhöhungen erfolgen (bspw. für die KiTa im Klevchen) und neue Stellen (unter anderem im Jugendamt und für den Kommunalen Ordnungsdienst) geschaffen werden. Die erhöhten Personalausgaben ergeben sich also daraus, dass die Löhne teils an die Inflation angepasst werden, Stunden erhöht und Stellen besetzt werden, die erforderlich, unterstützend und von uns im Rat bereits beschlossen sind. All das begrüßen wir, was im Umkehrschluss aber auch bedeutet, dass an dieser Stelle ebenso die Erhöhung der Personalausgaben akzeptiert werden muss.

Auch der Anstieg der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen ist nur wenig wunderlich, berücksichtigt man, dass die Energiepreise im Zuge des Ukraine-Krieges angestiegen sind. Damit unmittelbar verbunden sind Mehrkosten für die Bewirtschaftung, Unterhaltung und Instandhaltung von Gebäuden und Straßen. Allein dadurch ergibt sich ein planmäßiger Kostenanstieg im Vergleich zum Vorjahr von ca. 3,7 Mio. Euro. Gleichzeitig ergeben sich Mehrbedarfe. Insgesamt sind bspw. für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten ca. 1,1 Mio. Euro für 2023 angesetzt. Diese Mehrkosten und Mehrbedarfe sind auf die Auswirkungen des Ukraine-Krieges zurückzuführen und nicht auf ein schlechtes Haushalten der Stadt Heinsberg.

Bei den Transferaufwendungen steigen insbesondere die Kreisumlage sowie die Sozialtransferaufwendungen:

Die Kreisumlage steigt um ca. 1,5 Mio. Euro im Vergleich zu 2022, insbesondere aufgrund der erhöhten Landschaftsumlage. Aber auch der prozentuale Anteil der Stadt Heinsberg nimmt zu. Der Anstieg der Kreisumlage insgesamt ist unerfreulich. Wir erkennen aber an, dass auch die Aufwendungen beim LVR und beim Kreis im Zuge des Ukraine-Krieges und der Inflation angestiegen sind. Dennoch ist eine Transparenz der Erhöhung angemessen und diese fehlt uns teilweise. Wir freuen uns darüber, dass sich die Heinsberger Wirtschaft als so resilient gegenüber den Krisen erweist, auch wenn das für die Stadt Heinsberg mit einem erhöhten prozentualen Anteil an der Kreisumlage verglichen mit anderen Städten und Gemeinden im Kreis verbunden ist.

Ebenfalls steigen die Sozialtransferleistungen um 1,5 Mio. Euro verglichen mit dem Vorjahr, die im Jugendamt, insbesondere im Rahmen der Heimerziehung, anfallen. Doch weder an dieser Stelle noch mit Blick auf die Investitionsseite des Haushaltes 2023 sehen wir Einsparungspotenziale.

Heimerziehung sowie der Bau von Feuerwehrrätehäusern, die Erweiterung der Realschule Heinsberg und der Grundschule Dremmen sind wohl kaum Ausgaben, bei denen Sparmaßnahmen gerechtfertigt und vertretbar wären. Im Gegenteil: Wir begrüßen die genannten Investitionen und freuen uns als Grüne natürlich auch über die geplante Investition in Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften.

Den wohl kritischsten Punkt im Haushalt stellt für uns Grüne die Erweiterung des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes um die Belastungen in Folge des Ukraine-Krieges dar:

Im Jahr 2023 werden ca. 5,5 Mio. Euro im Haushalt isoliert, darunter auch ein Großteil der genannten Sach- und Dienstleistungsaufwendungen. Einerseits leistet diese Isolierung zwar einen Beitrag zur Handlungsfähigkeit der Stadt und bewahrt uns unter Berücksichtigung der mittelfristigen Haushaltsplanung vor der Pflicht zum Haushaltssicherungskonzept. Andererseits darf diese Isolierung nachfolgende Generationen nicht belasten. Die Krisen von heute dürfen nicht auf den Schultern künftiger Generationen ausgetragen werden und eine kontinuierliche Erweiterung des Isolierungsgesetzes darf und wird nicht unser Allheilmittel sein. Insbesondere mit Blick auf den Klimawandel und seine Folgen werden wir uns künftig noch intensiver mit Maßnahmen zum Klimaschutz und der Energiewende, aber auch mit der Unterbringung und Integration von Geflüchteten beschäftigen und Lösungen, auch im Finanziellen, finden müssen.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist daher für uns Grüne klar: Die Abschreibung der noch isolierten Belastungen muss zeitnah erfolgen. Wir sehen nichts, was dem im Wege steht.

Und damit kommen wir zu den positiven Aspekten des Haushaltes:

Die Hebesätze und Gebührensätze für öffentlich-rechtliche Leistungen bleiben konstant, was für unsere Bürger*innen und Gewerbebetreibenden keine zusätzlichen Belastungen bedeutet. Es besteht keine Pflicht zum Haushaltssicherungskonzept, wir haben durch die hohe Resilienz der Heinsberger Wirtschaft eine hohe Steuerkraft und der Eigenkapitalverzehr fällt geringer aus als ursprünglich geplant. Vorsicht, Voraussicht und Zurückhaltung bleiben dennoch notwendig.

Es zeigt sich, unter Berücksichtigung der aktuellen Lage mit einer Inflation und Preissteigerung in den verschiedensten Bereichen, dass sich der Haushalt 2023 für die Stadt Heinsberg insgesamt als nur wenig dramatisch darstellt. Unter Berücksichtigung der aktuellen Lage stimmen wir dem Haushalt daher zu und schauen kritisch auf die Abschreibung der noch isolierten Belastungen.

An dieser Stelle oder oft schon zuvor erfolgt üblicherweise der Blick auf die allgemeine politische Lage sowie der Jahresrückblick. Den sparen wir uns und widmen uns lieber dem aktuellen Jahr. Denn beides ist Ihnen bekannt und auch in diesem Jahr werden wir Kritik, sowohl positive als auch negative, zu verschiedenen Anliegen und Tagesordnungspunkten dann einbringen, wenn sie im Rat thematisiert werden und es an uns allen liegt, Position zu beziehen. Stattdessen investieren wir die Zeit, die wir ansonsten mit dem Jahresrückblick 2022 verbracht hätten, in einen neuen Antrag für 2023. Weil die Beratung des Haushaltes heute und insgesamt viel Zeit in Anspruch nimmt, werden wir diesen Antrag erst in der nächsten Ratssitzung am 08. März einbringen.

Wir enden mit einem Anliegen, das im Verlauf des Jahres und im Zuge der gewohnten Ratsarbeit leider oft zu kurz kommt: mit dem Dank.

Sehr geehrte Ratskolleg*innen: Danke für die politische Zusammenarbeit, danke für die Kompromissuche und teils -findung, danke für das konstruktive Streiten.

Sehr geehrte Verwaltung, danke, dass Sie uns die Inhalte liefern, über die wir streiten können. Besonderer Dank gilt heute Ihnen, Herrn Schmitz und Herrn Beiten sowie Ihrem gesamten Team für die Aufstellung des Haushaltes. Danke an Sie alle für Ihre fachliche Arbeit, Kompetenz und Unterstützung. Und danke auch, dass es keine Obergrenze für Fragen gibt.

Sehr geehrte Bürger*innen, vielen Dank für Ihr Engagement, danke, dass Sie auf Missstände und Anliegen wie beispielsweise die Präferenz für Weizen statt Kies frühzeitig aufmerksam machen und

uns dadurch zwingen und uns gleichzeitig ermöglichen, rechtzeitig politische Maßnahmen zu ergreifen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!